

Generalversammlung 2014 Jahresbericht der Präsidentin

Liebe Mitglieder des Trägervereins

An insgesamt 15 Sitzungen hat sich der Vorstand 2013 mit den aktuellen Themen, speziell zur Lebensqualität und Raumplanung, zum Umgang mit dem öffentlichen Geld und zur offiziellen Informationspolitik befasst und engagiert.

Die Schwerpunkte im diesjährigen Jahresbericht:

- Steinfabrikareal
- Raumplanung
- Öffentliche Infrastruktur/ Gemeindeversammlungen
- Informationskanäle, klartext/faktenordner
- Zeughaus Pfäffikon

Steinfabrikareal

6 ½ Jahre nach dem JA zur Steinfabrik-Initiative vom November 2006 fand am 9. Juni 2013 die Abstimmung zur Vorlage des Gemeinderates statt.

Von vorneherein war klar, dass nur ein NEIN zustande kommen würde, haben doch wir Initianten die Ablehnung genau so empfohlen wie die Korporation und ihr Präsident als Kaufrechtsnehmer – wenn auch aus komplett gegensätzlichen Gründen:

Wir deshalb, weil der Gemeinderat mit seiner Vorlage den Initiativauftrag nicht erfüllt hatte, die Grundeigentümerin und ihr Präsident, weil sie überhaupt kein zusätzliches Naherholungsgebiet wollten.

Mit 2823 NEIN zu 1501 JA wurde die Vorlage sehr deutlich abgelehnt.

Der Gemeinderat wollte aber allein und in eigener Regie interpretieren, was der einzelne Stimmbürger mit seinem NEIN meinte. War es ein NEIN gegen die Initiative oder gegen das Bauen?

Uns wurde verwehrt, das NEIN zu qualifizieren. Obwohl dies mit einer einfachen Zusatzfrage geklärt worden wäre. Die Behauptung, eine solche Frage sei nicht möglich gewesen, ist schlicht falsch! Der Gemeinderat weiss sehr wohl, dass seine Interpretation, es sei ein NEIN *zur Initiative* ein undemokratischer Sündenfall war. Mit diesem Kaffeesatzlesen über den Grund für das NEIN versuchte er aber vor allem, weitere Beschwerden der Korporation abzuwehren – er nahm dafür in Kauf, dass die Andersstimmenden darüber verärgert sein würden.

Mit dem Einberufen einer Kommission *„für das Einbringen der Wünsche aus der Bevölkerung“* versuchte er dies etwas zu entschärfen. Ich bin als Initiantin Mitglied dieser Kommission. Die erste Sitzung wurde auf den 19. Februar 2014 terminiert.

Inzwischen habe ich das weitere Vorgehen an 3 Gesprächen mit dem Gemeindepräsidenten besprochen. Unsere Einschätzung der riesigen Probleme, die der Umsetzung der geltenden Hafenzonen entgegen stehen, bewahrheitet sich voll und ganz.

Auch im Kontakt mit U.K. Feusi...

Der seit 10 Jahren immer wieder gewünschte direkte Kontakt mit dem Präsidenten der Korporation und Kaufrechtsnehmer ist vor wenigen Wochen endlich in Gang gekommen. Schliesslich hatte er mir ja öffentlich zugesagt, er sei bei einem runden Tisch dabei. Aus diesem runden Tisch ist nun ein eckiger Tisch in seinem Büro geworden. Aber dieser brachte bisher ein sehr erfreuliches Ergebnis:

Ich brachte ihm eine Auslegeordnung über das Geflecht der Zusammenhänge, Probleme, Chancen, Rahmenbedingungen, Ansprüche, etc. zur Nutzung des Steinfabrikareals auf einer Karte mit. Diese Karte werde ich auch in die Arbeit der Steinfabrik-Kommission einbringen.

Ich übergab sie beim ersten Gespräch dem Korporationspräsidenten. Und er hat sie tatsächlich als Grundlage für ein konstruktives Weitergehen überraschend positiv aufgenommen, da auch für ihn die Hafenzone überaus problematisch ist, wie wir längst vorausgesehen hatten.

Erfreulicherweise besteht nach den zwei ersten Gesprächen begründete Hoffnung, dass der von uns geforderte Naherholungsraum auf der (fast) gesamten Fläche eben doch entsteht! Ueli Feusi sieht nun auch für sich eine mögliche Win-Win-Lösung, die uns die gewünschte grosse Naherholungsfläche bringt, und doch auch für die Korporation und Ueli Feusi wirtschaftlich interessant ist, ohne die Gemeinde in hohe Kosten zu stürzen.

Diese Lösung zeichnet sich folgendermassen ab:

Ein einzelner, filigraner, ästhetisch hoch ansprechender Turm (eine ‚Nadel‘), zuoberst ein Aussichtstaurant für die Öffentlichkeit und nur wenige exklusive Wohn- und Geschäftsräume, die den grossen grünen Umschwung von nahezu 50'000 m² finanzieren. Ein neues Wahrzeichen für unsere Region!

Die Freifläche an dieser wunderschönen Lage wäre bis auf einen begrenzten privaten Bereich durchwegs öffentlich. Eine grössere Erschliessung des Areals braucht es nicht und auch der Mehrverkehr kann in engen Grenzen gehalten werden.

Wir sind daran, dazu die rechtlichen Voraussetzungen abzuklären. Und zwar Ueli Feusi und ich gemeinsam!

Zur Umsetzung brauchen wir dann auch Eure engagierte Hilfe, damit die Änderungen der Hafenzonenvorschriften elegant und zügig und zum Vorteil der gesamten Öffentlichkeit vorankommen.

Ist das nicht ein Grund zum Anstossen?

Raumplanung

Jeweils nach 15 Jahren muss die Zonenplanung und das Baureglement der Gemeinden den aktuellen neuen Bedürfnissen angepasst werden. So sieht es das Raumplanungsgesetz vor:

- Ausarbeitung eines in sich stimmigen neuen Ganzen
- Zusammenstellung der gewünschten Änderungen
- Mitwirkungs- und Auflageverfahren, bei denen sich jedermann dazu äussern und Ergänzungen und Änderungswünsche einbringen kann
- Behandlung der Stellungnahmen und Einsprachen im Gemeinderat
- bei Ablehnung besteht die Möglichkeit zur Beschwerde beim Regierungsrat, Verwaltungsgericht und Bundesgericht, dafür muss man sich als besonders Betroffener legitimieren können
- Korrektur aller erforderlichen Änderungen
- Ausarbeitung einer Vorlage für die Urne
- und zum Schluss: Abstimmung über die Gesamtrevision

Das wäre der vorgeschriebene Weg, der aber als Pfad der Tugend schon längst verlassen wurde. Er sollte eigentlich garantieren, dass die öffentliche Infrastruktur zur Bautätigkeit passt und rechtzeitig – nämlich vorab – bereitgestellt wird.

Diese Gesamtrevision ist seit Jahren überfällig. Sie wurde immer wieder auf die lange Bank geschoben. Gemäss Info des Gemeinderates soll der Zonenplan und das Baureglement Freienbach nicht vor 2017 vors Volk kommen.

Hingegen wird mit Volldampf die Aufweichung der Zonenordnung vorangetrieben und unsere Gemeinde in einzelne Teilzonenplanungen und Gestaltungsplangebiete mit Sonderbauvorschriften zerstückelt. Die Erschliessung wird nicht vorab verbindlich geregelt. Die ineinander greifenden Zusammenhänge werden überhaupt verneint, oder mit Schönschreibübungen von teuren beigezogenen Fachgutachtern umgebogen und bis ins Absurde verfälscht.

Der grosse Einfluss von einzelnen Grundeigentümern und Bauwilligen auf die Behörden, Parteien und Kommissionen (häufig auch durch Einsitz im Gemeinderat, wie z.B. aktuell Hans Stauffacher, der sein eigenes Landwirtschaftsland umzonen und überbauen möchte) hat die vernünftigen Vorgaben des Raumplanungsgesetzes praktisch ausgehebelt.

Dadurch wurde dem Wildwuchs Tür und Tor geöffnet. All dies ist auch 2013 in aller Schärfe hervorgetreten. Die Bewilligungsbehörden sind landauf, landab bereit, Gesetze zu missachten bei ihren Entscheidungen. Teil-Umzonungs-Abstimmungen ohne saubere rechtliche Grundlage schiessen ins Kraut. Eine verantwortungslose Klientelwirtschaft, die zu den sprichwörtlichen Bauwüsten in unseren Dörfern und Landschaften führte.

Dass die Behörden und Richter nun aber immer häufiger öffentlich von Einsprechern und Beschwerdeführern daran erinnert werden, was ihre Amtspflicht wäre, ist eher neu. Auch in den Gemeinden Wolterau, Wangen, Altendorf und Co.

Ich pflege intensiven Austausch mit solchen einzelnen mutigen Kämpfern für die Wiederherstellung korrekter Abläufe in der Raumplanung. Und wir lernen viel von- einander. Diese besorgten Bürger hören nicht mehr auf damit, sich gegen Behörden-Willkür und Missachtung der Gesetze und Reglemente zu wehren – auch wenn sie in den Zeitungen dafür gehässige Standpauken bekommen.

Die massive Gegenwehr der Raubritter gegen die Einforderung rechtsstaatlicher Verhältnisse zeigte sich z.B. gerade letzte Woche im Vorstoss von 43 Kantonsräten, die verlangten, dass Einsprecher in Zukunft finanziell massiv abgestraft werden sollen. Sie hätten halt gern wieder freie Bahn für die Verletzung von Vorschriften.

Noch versucht man es weiter mit Tricks und Berechnung.

Wie bei der Teilzonenplanung Pfäffikon, die ja im November 2012 von den Stimmbürgern bachab geschickt wurde. Meine Aufsichtsbeschwerde wegen massiver Verletzung des Rechts bei der Voraberteilung von Bewilligungen nach dem ‚städtebaulichen Konzept‘ ist noch immer hängig. Man lässt sich in Schwyz Zeit, aber ich werde nicht locker lassen.

Mit der sog. „*Testplanung Ost und Bahnhof*“ wird nun versucht, den alten Wein in neue Schläuche abzufüllen. Die Gemeinde Freienbach und der Kanton zahlen dafür je 150'000.-, die Korporation Pfäffikon 300'000.-. Das Planungsverfahren der ETH soll laut Hirtenbrief für Korporationsbürger sog. „*integrierte Lösungen*“ bringen, „*namentlich für den Ausbau des Bahnhofs Pfäffikon, einen Busbahnhof, die Neuorganisation des Verkehrs*“ und für eine sog. „*schrittweise Umgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raumes, der Wegführungen und des städtebaulichen Gesamtbildes*“.

Also: Vorbereitung für weiteres städtebauliches Wachstum bis zum endgültigen Kollaps?

Dieses Ziel ist trotz dem Testplanungs-Huhui im Höfner & Co. absehbar nicht mehr zu realisieren. Anstelle des Stopps durch Kollaps tritt nämlich der Stopp durch fehlende Wirtschaftlichkeit – wie beim Steinfabrikareal. Die Nachfrage ist bereits eingebrochen. Nicht nur bei den Gewerberäumen, sondern auch bei den überbeuerten Wohnungen – das Verwo-Areal lässt grüssen! Die Spatzen pfeifen es von

den Dächern: Weniger ist mehr – Qualität statt Quantität: Unser Ziel seit Beginn der Bürgerforums-Aktivitäten!

Noch ein Nachtrag zum Federn Rüegg-Areal:

Ihr habt das Baugespann auch gesehen? Nach dem Willen der Bauherrschaft für das Bauprojekt ‚Ufenau-Park 1. Etappe‘ sollen dort 18 Wohnungen entstehen, obwohl es sich um eine Gewerbezone handelt, in der das Baureglement nur 1 Wohnung erlaubt.

Man stützt sich auf den schwer rechtsverletzenden Gestaltungsplan, der im Hinblick auf das ‚städtetypische Konzept‘ bewilligt wurde, und statt einer Ausnützungsziffer von 0.3 sage und schreibe 1,75 ermöglichen will.

Gegen diese unzulässige Überbauung habe ich Einsprache erhoben und die Revision des Gestaltungsplans, die schon mit meiner Aufsichtsbeschwerde vom Regierungsrat verlangt worden war, nochmals eingefordert.

Verkehr / öffentliche Infrastruktur-Projekte / Mietvertrag Dow-Halle

Die Umfahrung Pfäffikon ist 2013 endlich an sich selbst gestorben, und wir sind stolz darauf, auch Totengräber gewesen zu sein. Man musste das unsägliche Projekt endlich aufgeben, ebenso wie die Verlegung der Abfallsammelstelle nach Freienbach ins Dow-Areal. Der Mietvertrag wurde nach der Volksabstimmung vom Juni 2013 aufgelöst – leider nochmals mit erheblicher Seilschafts-Bevorzugung in der Vereinbarung, dass der Mietzins noch während 21 Monaten weiter bezahlt werden müsse.

Diese Infrastruktur-Projekte sind glücklicherweise gescheitert, da wir schlichtweg nicht mehr weitere Hunderte von Millionen für solche Schildbürgerstreiche aufbringen können.

Noch nicht vom Tisch ist hingegen die Gehirnwäsche via Höfner Dialog, für welche in den vergangenen Jahren insgesamt ca. 1 Mio. Steuergeld für NICHTS ausgegeben wurde. Abzweigung öffentlicher Gelder in private Taschen mit behördlicher Beihilfe!

Noch nicht vom Tisch ist auch, dass 2013 wieder riesige Beträge aus der Gemeindegasse für die Strassen-Infrastruktur ins Budget und die Finanzplanung aufgenommen wurden: Summa summarum für den Verkehr 2014-2017 schreiende 32 Millionen!

Allein für die Erschliessung des Unterdorfs Pfäffikon bis 2017 insgesamt ca. 5 ½ Mio. Daneben aber auch für den Neubau der Sammelstelle Freienbach 340'000.-, für die Busbucht beim Zeughaus 350'000.-, für die Busbucht beim Wollerauer Bahnhof 220'000.-, für Bushof und Planung der Personenunterführung beim Bahnhof Pfäffikon 4 ½ Mio. Und, habt Ihr gewusst, dass der sog. öffentliche Platz Rebstock-Areal von uns Steuerzahlern im Jahre 2013 mit 350'000.- alimentiert wurde?

Wir empfehlen Euch, das Preis-/Leistungsverhältnis einmal vor Ort anzuschauen. Dass solch aufgeblähte Summen für die Infrastruktur via Budget privatisiert werden – ohne angemessenen Gegenwert für die Öffentlichkeit – ist leider vielen Steuerzahlern nicht bewusst. Auch wir vom Vorstand haben erst zu spät entdeckt, dass der Bauherrschaft Rebstock-Areal diese hübsche Tranche von unserem Speck schon via Budget 2013 verfüttert wurde.

Deshalb auch heute wieder mein Appell: An den Gemeindeversammlungen fehlen die unbefangenen Bürger sehr! Bei den üblichen Mehrheiten im Saal sind Gegenanträge chancenlos und es gelingt so den Parteien als Handlanger der Pfründewirtschaft Jahr um Jahr, zusammen mit den Angestellten der öffentlichen Verwaltung im Budget solch unverschämte Zahlen durchzuwinken.

Auch die Budget-Gemeindeversammlung vom 13. Dezember 2013 war wieder ein Paradebeispiel für die Inszenierung einer solchen Farce: Der behördlich in den Medien hoch-gepushte Spar-Klamauk

über die Streichung von Dienstleistungen des Werkhofs an die Vereine konnte die Aufmerksamkeit ablenken vom Vergeuden vieler Millionen in anderen Budgetpositionen.

Liebend gerne hätten wir mit Streichungsanträgen viele unsäglich freche, überhöhte Posten des „*Sparbudgets*“ zu Fall gebracht. Doch dazu wäre es nötig gewesen, immer wieder das Wort zu ergreifen. Leider sind unsere Gemeindeversammlungen so inszeniert, dass kritische Voten wie lästiges Spielverderben abgekanzelt werden und unverblümt gegen solche Anträge aufgehetzt wird. Viele Gemeindeversammlungsbesucher müssen erst noch aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen.

Bis es so weit ist, müssen wir uns damit begnügen, das Material zu sammeln, um bei besserer Gelegenheit (z.B. vor Abstimmungen oder in eigenen Publikationen) wirkungsvoll über diese Sachverhalte aufzuklären.

Wir hoffen sehr, dass die Bürger wieder vermehrt an den Gemeindeversammlungen teilnehmen.

Auch hier noch ein Nachtrag: Die wirtschaftliche Lage begünstigt auch in Bezug auf die Infrastrukturkosten eine Korrektur. Zwar werden die Agglo Obersee-Pfründe von der Gemeinde Freienbach immer noch weiter alimentiert, und auch alt-Gemeindepräsident Kurt Zurbuchen kassiert dabei ab, aber der Agglo Obersee-Unsinn wird immer offenkundiger – auch in Rapperswil. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch dieses Konstrukt an sich selbst und an der Unzufriedenheit der ausgesogenen Bürger zerbricht.

Informationskanäle, Klartext / Faktenordner

Ende Dezember 2012 und Anfang Februar 2013 haben wir 2 x die Zeitung ‚Klartext‘ herausgegeben, und zwar nicht nur in unserer Gemeinde, sondern auch in Altendorf, Feusisberg und Wollerau. Dies, weil wir über die Gemeindegrenzen hinaus mit anderen Bürgern zusammenarbeiten, die sehr ähnliche Probleme mit sehr ähnlichem Handlungsbedarf feststellen müssen.

„*Der Rechtsstaat wird von oben herab torpediert*“; das war der Titel der ersten ‚Klartext‘-Ausgabe. Erinnert Ihr Euch? Wir konnten damit viele Leute erreichen und erhielten sehr positives Echo von Seiten der Bürger, aber auch heftige Hiebe von der offiziellen Presse, die eine Konkurrenz ohne Zensur fürchtet wie der Teufel das Weihwasser.

An unserer ausserordentlichen GV vom 28. Mai 2013 hatten wir gemeinsam beschlossen, die über die Gemeindegrenzen hinausgehende Zeitung ‚klartext‘ nicht mehr selbst herauszugeben. Es sollte dafür ein separater Verein gegründet werden.

Dies ist am 29. Juni 2013 geschehen.

Präsidentin ist Ursula Rothlin, die unterdessen weit herum bekannte Kämpferin gegen die Seeauffüllungen der Kibag in Nuolen. Im Vorstand sind Vertretungen aus den Gemeinden Altendorf, Feusisberg, Freienbach und Wollerau. Der neue Name dieser Zeitung heisst ‚faktenordner‘.

Im Jahr 2013 sind die Vorarbeiten für dieses unabhängige Publikationsorgan geleistet worden. Aus Zeitgründen wurde der Start jedoch noch aufgeschoben. An der ‚Faktenordner‘-GV im April 2014 wird darüber entschieden, wann der Startschuss sein soll.

Finanziert werden soll diese ‚Zeitung von Bürgern für Bürger‘ über Spenden.

Zeughaus

Nachdem 2012 ein Baurechtsvertrag mit armasuisse von den Stimmbürgern gutgeheissen und das Zeughaus Anfang 2013 für 2 Mio. von unserer Gemeinde gekauft worden war, setzte der Gemeinderat eine Konzeptgruppe ein. Sie sollte über die Nutzung, Trägerschaft, etc. für Gemeinschaftsaktivitäten und Kultur im Zeughaus beraten und dem Gemeinderat Vorschläge unterbreiten.

Diese Konzeptgruppe wurde zusammengesetzt aus Parteivertretern, Vertretern der Ortsvereine und der Nachbarschaft, der Liegenschaftenverwaltung, die Kommunikations-Fachfrau Bianca Bamert war dabei, und auch ich als Initiatorin der Zeughaus-Initiative wurde dazu eingeladen. Geleitet wird diese Arbeitsgruppe von Gemeinderat Werner Herrmann.

Von Beginn weg war mehr als offensichtlich, dass viele Kommissionsmitglieder keineswegs ein Zentrum für neuen gesellschaftlichen Kitt in der Gemeinde und einen Treffpunkt der Bürger wollten. Und so lief denn auch die Arbeit äusserst harzig, mit dauernden Sabotageversuchen durch jene Mitglieder, die das Grundstück lieber neu überbauen möchten, als aus dem bestehenden Gebäude mit möglichst gutem Einsatz der finanziellen Ressourcen und des in der Bevölkerung vorhandenen Goodwills etwas Günstiges und Sinnvolles zu machen.

Man liess durch die Firma Remund+Kuster berechnen, was ein Abbruch und Neubau im Vergleich zum Ausbau der bestehenden Gebäudesubstanz kosten würde.

Als die Antwort zeigte, dass der Neubau etwa 5 x teurer käme, um nur schon die gleichen Voraussetzungen bieten zu können wie das bestehende Gebäude, inkl. nötige Verstärkungen und Ergänzungen, war die Betonfraktion der Konzeptgruppe höchst unangenehm überrascht! Sie war so sehr irritiert, dass sie daraufhin versuchte, konkretere Ergebnisse auf die lange Bank zu schieben, indem das beantragte Planungsbudget von 100'000.- auf 30'000.- gekürzt wurde. Damit sollten die weiteren Abklärungen sabotiert werden. Die Arbeit sollte vertagt werden, und die Kommission Pause machen, bis unsere Gemeinde noch viel mehr Schulden hat und das Gebäude gezwungenermassen doch privatisiert werden könnte...

Auch das Resultat einer von der Kulturkommission durchgeführten Umfrage über die Raumbedürfnisse von Vereinen und Kulturschaffenden wurde trickreich als „*mageres Interesse*“ umgedeutet.

Man muss aber wissen, dass diese Anfrage von vorneherein ein verzerrtes Bild ergeben musste, hat man doch auch bei unmöglichen Ansprechpartnern angefragt, so z.B. bei Wassersport- und Turnvereinen, bei den Schulen, etc. Damit war der Prozentsatz der Interessierten im Kuchendiagramm – oh Wunder – schön tief gedrückt. Dass aber die Vereine und Kulturschaffenden sehr wohl ein grosses Interesse an diesem Gebäude und seinen öffentlichen Nutzungsmöglichkeiten haben, zeigten sie sehr überzeugend durch ihre grossartige Mitwirkung beim Tag der offenen Tür vom 14. September 2013.

Und auch beim 2. Anlass, dem Helferfest vom 1. Dezember 2013, als wir einen Sonntagmorgen-Brunch in der Zeughaus-Werkstatt auf-tischen konnten. Diese beiden Veranstaltungen wurden aufgrund unserer hartnäckigen Forderung schliesslich erlaubt, und dank dem intensiven Einsatz einiger weniger zu einem grossen Erfolg.

An dieser Stelle möchte ich ganz herzlich danken für die grosse Unterstützung von Franziska Eicher, Bruno Pfister, Arthur Pfister, Elke Pfister, und vielen engagierten Künstlern und Mitgliedern mehrerer Vereine.

Auch wenn diverse Sabotage-Versuche von Seiten des Gemeinderates und der Betonfraktion der Konzeptgruppe unternommen worden waren, und der Gemeindepräsident den Tag der offenen Tür boykottierte und die offiziell angesagte Festrede gar nicht hielt, war das Zeughaus-Fest bei Sonnenschein von rund 800 interessierten Personen besucht worden, und die Stimmung war höchst erfreulich.

Das Bedürfnis für ein Gemeinschaftszentrum in Zeughaus ist mehr als ausgewiesen und sogar die Konzeptgruppe ist aufgrund vieler peinlicher Eigengoals der Betonfraktion gegen Ende Jahr etwas weggekommen vom alten Sabotagekurs. Ich schmunzle, wenn ich an die letzte Sitzung denke...

Weil die Arbeit der Konzeptgruppe vom Gemeinderat bis zur Abstimmung über die Initiative der SP sistiert wurde, habe ich inzwischen eine IG Zeughaus ins Leben gerufen. Sie umfasst 12 Personen und weitere Interessierte sind herzlich willkommen.

Wir werden konkrete Vorschläge für Anlässe und Zwischennutzungen des Gebäudes ausarbeiten, Trägerschafts-Varianten ermitteln und an Orte reisen, wo gut funktionierende Beispiele solcher Umnutzungen schon existieren; alles in allem hat sich diese Gruppe eine „freundliche Übernahme“ der Konzeptgruppenarbeit vorgenommen.

Wie aus der Presse bekannt sein sollte, will die SP-Initiative eine solche öffentliche Nutzung einschränken durch sogenannt ‚kostengünstigen‘ Wohnungsbau. Sie will das Gebäude ganz oder teilweise abreissen - obwohl wir erst vor einem Jahr 2 Millionen Steuergeld dafür ausgegeben haben und dieses nun amortisieren müssen.

Zwar sieht der Baurechtsvertrag mit Armasuisse vor, dass auch andere Nutzungen möglich wären, aber dafür müsste ein 4x höherer Baurechtszins bezahlt werden, als bei gemeinnütziger Verwendung. Damit ist die Behauptung von ‚kostengünstigem Wohnungsbau auf diesem Gelände nur als schlechter Witz zu verstehen.

Die von der SP eingereichte Initiative zwecks Abreissen des Zeughauses wird chancenlos sein. Der Vorstand hofft sehr, dass mit Eurer Hilfe ein fulminantes NEIN erreicht werden kann!

Zum Schluss meines Jahresberichtes danke ich Euch allen, liebe Vereinsmitglieder, für Eure Unterstützung mit Rat und Tat. Und ganz besonders danke ich meinen Vorstandskollegen ganz herzlich für die freundschaftliche und intensive Zusammenarbeit.

Es ist eine Freude, diese Arbeit zu tun und wir sind motiviert, auch im neuen Vereinsjahr mit Schwung und Pfiff weiterzuarbeiten.

18. Februar 2014
Irene Herzog-Feusi, Präsidentin